



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/118

25. Mai 1951,

Hinweise
auf den Inhalt:

Spaak und Morrison	S. 1
Der stärkste Zeuge gegen MacArthur	S. 3
Deutsche Arbeiter im Ausland	S. 4
Die Krise in der CDU Schleswig-Holsteins	S. 6

Zwei Sozialisten

In das etwas eintönige Bild der gewohnten Bonner Gesichter haben in diesen Tagen zwei Männer internationaler Prägung und Geltung Farbe und Leben gebracht: der britische Außenminister und der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates, Morrison und Spaak. Beide haben, wie man sagt, eine vorzügliche Presse.

Es mag dafür verschiedene Erklärungen geben. Übereinstimmend aber wird die sympathische Art angeführt, die soviel Klugheit mit soviel ungezwungener Natürlichkeit verbindet. Dies gilt für beide, so verschieden sie in ihrem Temperament und in ihrer äusseren Erscheinung sein mögen - den kaum mittelgrossen, nicht nachlässig, aber doch auch nicht betont sorgfältig gekleideten, leicht kleinbürgerlich anmutenden Briten mit der ewig heruntergerutschten Brille, über die er im Gespräch freundlich und sehr aufmerksam hinwegblinzelt, und den Belgier; auch er eine gedrungene, fast massig wirkende Mittelfigur von äusserst gepflegtem, fast elegantem Aussehen, hinter der sehr modernen Hornbrille fest blickende Augen, bestimmt und präzise in Geste und Ausdruck, überlegen, selbstsicher, eine für den Begriff europäisch vorzüglich repräsentative Figur.

Beide sind Sozialisten, durch lange Jahrzehnte ihrer Partei und dem Gedanken der sozialen Verpflichtung und der internationalen Zusammenarbeit verbunden. Beide sind, davon ausgehend, zu

Stellungen von hohem nationalen und internationalen Rang emporstiegen. Allgemein ist man der Ansicht, dass der Besuch beider Männer eine sehr gute und nützliche Sache gewesen ist und dass die Gespräche, die geführt worden sind, gerade bei denen, auf die es so sehr ankommt, manche falschen Vorstellungen über die Situation der Bundesrepublik richtiggestellt haben dürften. Das gilt, wenn man von konkreten Themen der gegenwärtigen Aussenpolitik wie Schumanplan, militärischen Beitrag und anderem absieht, vor allem auch für das Bild, das deutsche Politiker ihren ausländischen Gästen an Ort und Stelle von den Verhältnissen in ihrem jungen, nach verschiedenen Seiten hin um demokratische Festigkeit und Selbständigkeit ringenden Staat entwerfen konnten.

Beide haben, was nur natürlich war, lange Gespräche auch mit dem Führer der Opposition gehabt. Sie waren vor allem für die Gäste sehr instruktiv. Morrison hat erkennen lassen, dass viele Gesichtspunkte, z.B. beim Schumanplan und auch für die Behandlung des deutschen militärischen Beitrages, ihm neu gewesen sind, zumal er von der kritischen Seite her bisher noch nie so gründlich informiert worden ist. Spaak hat davon gesprochen, dass die Politik seines "sozialistischen Kameraden Schumacher" im Ausland nicht überall verstanden werde, aber freimütig hinzugefügt, er habe sein eigenes unvollkommenes Wissen über die deutschen Probleme ebenso erkannt wie die Bedeutung dieser Probleme für Deutschland. Es war in diesem Zusammenhang politisch schon recht bedeutsam, dass Spaak vor der deutschen und ausländischen Presse in Bonn von Schumacher sagte, das sei schon jemand, der wisse, wovon er spreche und der mit grosser Klarheit über Probleme rede, über die er intensiv nachgedacht habe.

Das alles zeigt, wie notwendig eine möglichst umfassende und vielseitige Unterrichtung der massgebenden Männer des Auslandes ist und dass es falsch und schändlich ist, sie nur durch die eine Seite der durch Regierung und Opposition verkörperten deutschen Meinung zur Darstellung zu bringen.

Bradley widerlegt MacArthur

f. Kein Europäer, der seiner fünf Sinne mächtig ist, kann wünschen, dass die Abenteuerpolitik MacArthurs auch die Politik Washingtons wird. Die Gefahr, dass die amerikanische Regierung wider besseres Wissen unter dem ungeheuren innerpolitischen Druck in diese verhängnisvolle Richtung gedrängt wird, ist keineswegs gering. Republikanische Senatoren und Publizisten verzeichnen bereits mit unverhohlener Genugtuung, dass Washington immer deutlicher auf die Linie MacArthurs rücke. Dennoch sind ebenso deutliche, wenn nicht deutlichere Anzeichen vorhanden, dass Truman auf Zeitgewinn spielt, dass er die Flut des MacArthur-Rummels abebben lassen will und auf die günstige Wirkung der Aussagen der höchsten amerikanischen Militärs gegen die Politik MacArthurs vertraut. Denn selbst die durch die Entlassung des Generals aufgewühlte amerikanische Öffentlichkeit wird sich allmählich darüber klar werden, dass ihr Abgott einen mehr als fragwürdigen Weg für die Lösung des koreanischen Konfliktes im Sinne hatte, einen Weg, der von keinem der Verantwortlichen in Washington gebilligt wird. MacArthurs Behauptung, dass der Vereinigte Generalstab seine Ansichten geteilt habe, ist inzwischen, wie vieles andere, schlagend widerlegt worden.

Omar Bradley, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs, hat mit der schärfsten und klarsten Formel den von MacArthur geplanten Feldzug gegen China als den falschen Krieg zur falschen Zeit am falschen Ort gegen den falschen Feind bezeichnet. Verteidigungsminister Marshall hat im gleichen Sinne ausgesagt. General Bradley, dem in seiner Stellung Informationen zur Verfügung stehen, von denen MacArthur nach eigenem Eingeständnis nicht die leiseste Ahnung hat und der nicht nur an Korea, sondern an die Gefahrenzonen in der ganzen Welt denken muss, hat zum Missvergnügen der Republikaner die Amerikaner aus dem Rausch der Triumphtage des Prokonsuls in die harte Wirklichkeit zurückgeführt. Er hat ihnen klar gemacht, dass die Politik MacArthurs die Gefahr des dritten Weltkrieges, den sie nicht wünschen, näher gerückt hätte und zwar ohne Not. Er hat sie daran erinnert, dass Korea eben nur eine Phase des Kampfes "gegen das andere Machtzentrum in der Welt", die Sowjetunion, ist. Er hat ironisch darauf hingewiesen, dass die von MacArthur vorgeschlagene Kriegsausweitung "wahrscheinlich den Kreal mehr entzücken

würde, als alles, was wir tun könnten". Und er hat, was er und nicht MacArthur beurteilen kann, dem amerikanischen Volk erklärt, dass die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sind, einen Zweifrontenkrieg zu führen. Die jetzige amerikanische Strategie und Politik suche den Krieg zu vermeiden. Sollte er dennoch kommen, dann könne Amerika dafür nicht verantwortlich gemacht werden.

Man sollte annehmen, dass so schwerwiegende Argumente, denen weder MacArthur noch sein politischer Anhang irgendetwas anderes als vage Vorstellungen und gefährliche Wunschträume entgegenzusetzen haben, zumindest auf die Dauer sich durchzusetzen. Aber die Gaukelbilder eines populären und seine Popularität sehr sorgfältig pflegenden Generals entzündeten offensichtlich die Phantasie des sonst so nüchtern denkenden amerikanischen Volkes stärker, als es der verantwortlichen Regierung lieb sein kann.

+ + +

75.000 deutsche Arbeiter im Ausland

d.g. Die Gesamtzahl der deutschen Arbeiter im Ausland kann gegenwärtig mit etwa 75.000 Personen angenommen werden. Genaue Angaben fehlen, weil das Bundesarbeitsministerium bisher vielfach auf die statistischen Angaben des Auslandes angewiesen war und die Ausgangskontingente-z.B. England und Frankreich - aus einer Zeit stammen, in der es keine Bundeshoheit gab. Erst seit wenigen Monaten ist eine systematische Kontrolle der deutschen Arbeiter im Ausland angelaufen. Zwecks Betreuung dieser Arbeiter hat die Bundesregierung mit einigen Staaten Sozialabkommen abgeschlossen oder solche zumindest vorbereitet. Bei all diesen Fragen kommt den Sozialattachés der neuen deutschen diplomatischen Vertretungen besondere Bedeutung zu.

Frankreich beschäftigt gegenwärtig etwa 50.000 deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, etwa die Hälfte davon sind ehemalige Kriegsgefangene, der Rest entfällt auf angeworbene Kräfte. Die demokratische Gewerkschaft "Force Ouvriere" hat für die deutschen Arbeiter ein eigenes "Deutsches Sekretariat" eingerichtet, in dem ein ständiger Beauftragter des DGB arbeitet. Der Bedarf Frankreichs scheint jedoch gedeckt zu sein. Im vergangenen Jahr wurden nur noch 2.032 Deutsche angeworben,

hauptsächlich für Landwirtschaft, Bergbau und Metallindustrie.

Von den ehemals in England festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen wurden ursprünglich 23.000 in einen Zivilberuf überführt. Davon kehrten 1948 nach der Ernte rund 7.700 nach Deutschland zurück. Ungefähr eine gleich hohe Zahl wurde in der Folgezeit in mehreren Aktionen in Deutschland angeworben, so dass man gegenwärtig mit etwa 22.000 deutschen Arbeitnehmern in England rechnen muss. Seit dem "Nordsee"-Plan im Herbst 1948 sind besonders Hausgehilfinnen und Textilarbeiterinnen angeworben worden. Löhne und Arbeitsbedingungen gleichen in jeder Beziehung denen der britischen Arbeitnehmer.

Die kleineren deutschen Arbeiterkontingente im Auslande verteilen sich auf Schweden, die Schweiz und aussereuropäische Gebiete: In Schweden sind gegenwärtig etwa 2.000 Deutsche tätig. Eine genaue zahlenmässige Kontrolle ist dadurch erschwert, dass verschiedentlich auf der "nachbarlichen" Basis zu Schleswig-Holstein deutsche Arbeiter an schwedische Firmen vermittelt werden. Über die deutschen Arbeitskräfte in der Schweiz liegen keine genauen Zahlen vor. Auch hier sind Vermittlungen durch direkte Fühlungnahme mit dem Nachbarland Baden nicht selten, was eine zentrale Kontrolle erschwert. Auf Island arbeiten seit 1948-49 etwa 200 deutsche Mädchen in Haushalten und in der Landwirtschaft.

Seit dem Vorjahr werden Deutsche auch nach Übersee als Arbeitskräfte vermittelt. Den Anfang machte Südafrika mit Nachwuchskräften für die Goldminen. 500 Deutsche sollten zu Aufsehern in den Minen ausgebildet werden. Aber die gesundheitlichen Anforderungen waren so hoch, dass aus 2.500 Bewerbern nur 60 die Bedingungen erfüllten. Die Frage der Überfahrts- und Unterbringungskosten etc. war bei dieser Aktion besonders günstig gelöst. Ähnliches wird von der Anwerbung Australiens behauptet, das 600 bis 700 Kräfte für ein grosses Tal-sperren- und Bewässerungsprojekt (Snowy Mounntains Authority) suchte. Ein Teil der auf zwei Jahre verpflichteten Männer ist bereits übergefahren. Sie können nach Ablauf der Verpflichtungszeit in Australien bleiben und ihre Familien nachkommen lassen. Die Überfahrtskosten werden teilweise in erträglichen Raten vom Arbeitslohn abgezogen. Neuerdings wirbt auch Kanada Arbeiter fast aller Kategorien, vornehmlich Landarbeiter, an, wobei die Überfahrtskosten für die angeworbenen Arbeiter in jedem Fall, für die Angehörigen nicht immer übernommen

und in einem Zeitraum von zwei Jahren vom Lohn abgezogen werden. Schliesslich läuft zurzeit unter günstigen Bedingungen die Einwanderung von 54.000 Heimatvertriebenen in die USA aufgrund der sogenannten Kilgore Bill. Auch hier stehen im Vordergrund des Interesses Landerbeiter. Wer unter den politisch stark gelockerten Bedingungen der Kilgore Bill aufgenommen wird, erhält sämtliche Überfahrtekosten ersetzt. Zurzeit wählen fliegende amerikanische Kommissionen in Niedersachsen geeignete Flüchtlingsfamilien aus.

+ + +

Schleswig-Holsteins CDU in schwerer Vertrauenskrise

E.M., Kiel, im Mai.

Was sich seit geraumer Zeit in der schleswig-holsteinischen CDU an internen Kämpfen, persönlichen Anschuldigungen und politischen Intrigen abspielt, geht auf die seit Jahresfrist betriebene Politik der Haltlosigkeit und taktischen Kompromisse zurück. Das wird selbst von einsichtigen Vertretern der CDU nicht bestritten. Auf der einen Seite steht Carl Schröter, Landesvorsitzender und Bundestagsabgeordneter und der Vater der verhängnisvollen Kieler Koalitionspolitik, mit einer immer mehr schwindenden Gefolgschaft; auf der anderen Seite schart sich die Mehrheit der CDU-Landtagsabgeordneten in der Wahlblockfraktion um Ministerpräsident Dr. Walter Bartram - nicht weil dieser als "starker Mann" angesehen wird, sondern lediglich aus berechtigter Sorge um den Bestand der Regierungskoalition, die von Tag zu Tag immer fragwürdiger wird.

Schröter und Bartram, Vorstandmitglieder derselben Partei, bekämpfen sich aufs heftigste. Schröter sieht in dem Ministerpräsidenten einen politischen Dilettanten, der schon allzu viel Porzellan zerschlagen habe und arbeitet seit langem auf eine Ablösung Bartrams hin. Bartram, Fabrikant und Turnierreiter, antwortet Schröter mit dem Vorwurf unredlicher, vielleicht sogar strafbarer Handlungen und setzte nun ein Parteiehrengerichtsverfahren gegen den Landesvorsitzenden durch.

Das Ehrengericht, das am 24. Mai in Kiel tagte, hatte sich mit folgenden Vorwürfen gegen Schröter zu befassen, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion ist: Schröter

soll sich im Verein mit einigen Parteifreunden (darunter Walther Brookmann) an Wahlgeldern bei der letzten Landtagswahl vergriffen haben; man spricht von 40 bis 50.000 DM. Ferner wird Schröter vorgeworfen, er beziehe aufgrund unsauberer Macheenschaften bereits seit Jahren die erheblich höhere Pension als "Ministerialrat", obwohl er von den Nazis nur als Studienrat entlassen worden sei. Schliesslich wird Schröter beschuldigt, er sei seinerzeit nicht aus "politischen", sondern aus kriminellen Gründen entlassen worden.

Eingeweihte Kreise sprechen davon, dass Schröter möglicherweise rehabilitiert wird. Aber dadurch würde die Parteikrise nur auf ein anderes Gleis geschoben werden; sie würde sich zu einer Kabinettskrise ausweiten, da Schröter dann eine Waffe mehr in der Hand hätte, um Bartram "abzuschliessen". Ob frei Schröter, dessen politischer Einfluss infolge des Versagens seiner Wahlblockstrategie immer geringer wird, nach einer (immerhin ungewissen) "moralischen Rehabilitation" noch lange als Landesvorsitzender eine Rolle spielen kann, wird sogar in der CDU angezweifelt.

Diese Vorgänge im bürgerlichen Lager unterstreichen die Auflösungsstendenzen, die sich bereits durch die Preisgabe eigener parteipolitischer Konzeptionen bei der Bildung des Wahlblocks andeuteten und seit den Kommunalwahlen Ende April 1951 mit ihren wahllos eingegangenen, oftmals geradezu grotesken Parteiverschmelzungen nicht mehr zu übersehen sind. Die Kontroverse Bartram-Schröter dürfte voraussichtlich eine völlig neue politische Situation in Schleswig-Holstein auslösen.

+ + +

Bata-Schuhe gegen Ostzonenbrot

(sp) Aus Beständen der volkseigenen landwirtschaftlichen Aufkaufbetriebe mussten in den letzten Wochen mehrere Güterzüge mit Brotgetreide nach der CSR verladen werden. In den tschechischen Grenzgebieten besteht trotz der Wiedereinführung der Brot rationierung grosse Hungersnot, die zu einem regen illegalen Grenzverkehr geführt hat. Die tschechische Bevölkerung versucht, in der Sowjetzone Brot gegen Schuhe zu tauschen. Für drei Brote werden ein Paar Bata-Schuhe geboten. Trotz der hohen Brotpreise in der Sowjetzone kommt die Bevölkerung auf diese Weise nach jahrelangen Entbehrungen zu billigen Schuhen, die in der sowjetzonalen HO immer noch über hundert D-Mark kosten.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmitt